

## **Eine zweite „Entnazifizierung“?**

Zur Verarbeitung politischer Umwälzungen in  
Deutschland 1945 und 1989

---

Dr. Alexander von Plato, geb. 1942 in Salzwedel, Studium der Philosophie, Germanistik, Politikwissenschaft und Soziologie in Berlin/West, leitet das Institut für Geschichte und Biographie „Deutsches Gedächtnis“ an der Fernuniversität Hagen.

### I.

Wer hätte nicht schon manchmal die heutige Umorientierung in der ehemaligen DDR und in Osteuropa mit der „Entnazifizierung“ nach 1945 verglichen? Wer hätte nicht im Angesicht der eleganten Wendehälse im Osten oder der

Fragebögen westdeutscher Minister<sup>1</sup> für den Öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern Assoziationen mit dem Fragebogen der alliierten Siegermächte gehabt? Diesen Assoziationen soll hier nachgegangen werden, den Ähnlichkeiten beider großer „Wenden“ ebenso wie den jeweiligen Besonderheiten. Dabei werden Fragen der subjektiven Verarbeitung politischer Umwälzungen und der damit verbundenen Neuorientierungen im Zentrum stehen, weniger die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Nationalsozialismus und „Realsozialismus“ in der Ökonomie und Ideologie, in der Politik oder in der rassistischen Praxis.<sup>2</sup>

## II.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Zusammenbruch der DDR bewegte eine ähnliche Frage die Gegner des jeweils vorherigen Systems: Wie weitgehend haben diese Systeme Haltungen, Bewußtsein und Normen ihrer Bewohner geprägt, so daß sie noch die folgenden Zeiten mitbestimmen? Wenn man sich nach den Nachwirkungen früherer Systeme auf spätere Zeiten fragt, nach Kontinuitäten im Denken, vielleicht sogar nach den Grundmustern von Umorientierungen in Deutschland nach 1945 und nach 1989, wenn man dabei den Hochmut und das Unverständnis vieler Westdeutscher und Entlastungsbemühungen vieler Ostdeutscher im Auge hat, dann ist es zunächst einmal sinnvoll, sich Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Verarbeitung des Nationalsozialismus in Ost und West zu vergegenwärtigen. Nach lebensgeschichtlichen Befragungen, die in den achtziger Jahren im Westen und 1987, also eine Ewigkeit vor der „Wende von 1989“, in der DDR durchgeführt wurden,<sup>3</sup> waren trotz einiger Unterschiede die Ähnlichkeiten in der Verarbeitung des Nationalsozialismus zwischen West und Ost nicht zu übersehen.

Die frühen Verdienste des Antifaschismus, die so viele Intellektuelle nach 1945 in die Sowjetische Besatzungszone lockten, sind auch heute noch bei Akademikern spürbar, sogar dann, wenn festgestellt wird, daß inzwischen dieser Antifaschismus „zu Tode geritten“ worden sei und zum Herrschaftsideologem verkam. Ein weiterer deutlicher Unterschied zum Westen: Der Holocaust an

---

1 So legte zum Beispiel der Bundesminister des Innern am 10. September 1990 einen Fragebogen mit „Übergangsregelungen des Einigungsvertrages für den Öffentlichen Dienst“ vor, in dem jedes Mitglied von Massenorganisationen, also nahezu jeder ehemalige DDR-Bürger, aus dem Öffentlichen Dienst hätte ferngehalten werden können.

2 Eine ausführliche Darstellung, der dieser Aufsatz entnommen werden konnte, erscheint in Kürze im Hamburger Ergebnisse-Verlag: Rainer Eckert, Alexander v. Plato, Jörn Schütrumpf (Hg.), *Wendezeiten-Zeitewände. Zur „Entnazifizierung“ und „Entstalinisierung“*, Hamburg 1991.

3 Lutz Niethammer, Alexander v. Plato, Dorothea Wierling, *Die volkseigene Erfahrung. Zur Archäologie des Lebens in der DDR. 30 biographische Einstiege*, Berlin 1991; Alexander von Plato, Wolfgang Meinicke, *Alte Heimat - neue Zeit. Vertriebene, Umgesiedelte und Flüchtlinge in der SBZ/DDR*, Berlin 1991 (im Druck); vgl. auch Lutz Niethammer, *Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR*, in: BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History (1988), I. S. 19-66. Auch erschienen in: Alf Lüdtke (Hg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt/M. 1989. Zur Verarbeitung im Westen siehe die von Lutz Niethammer und mir herausgegebenen drei Bände *„Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“*, Berlin/Bonn 1983; außerdem: Alexander v. Plato, *„Der Verlierer geht nicht leer aus.“ Betriebsräte geben zu Protokoll*, Berlin/Bonn 1984.

den Juden erschien in den SED-Darstellungen, aber auch bei vielen Bewohnern der DDR ein- beziehungsweise untergeordnet unter die politische Verfolgung, die zumeist Kommunisten und Sozialisten traf.<sup>4</sup> Umgekehrt waren die Verbrechen der Deutschen, auch der deutschen Wehrmacht, an den osteuropäischen Völkern, an sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland und an Kommunisten wesentlich deutlicher im Bewußtsein der Befragten in der DDR als derjenigen in Westdeutschland.

Auf der anderen Seite zeigte sich, daß dieser Antifaschismus „von oben“ nur begrenzt „unten“ angekommen ist, daß er nicht unbedingt mit den Erfahrungen derer, die im „Dritten Reich“ „ganz normal“ gelebt hatten, übereinstimmte - im Osten wie im Westen Deutschlands. Gerade die attraktiven Elemente des Nationalsozialismus und die Rechtfertigungsweisen nach seinem verheerenden Ende sind nicht mit diesem verordneten Antifaschismus identisch. Besonders die „positiven Erfahrungen“ in den nationalsozialistischen Jugendorganisationen wurden nach 1945 an den Familien- oder Stammtisch verbannt, aber sie waren - wie immer man zu ihnen steht - vorhanden und mußten verarbeitet werden. Daß insbesondere die Hitler-Jugend (HJ), das Deutsche Jungvolk und der Bund deutscher Mädchen (BDM) neue lokale und soziale Räume entdecken ließen, daß man in andere Regionen oder Länder vorstieß, daß man mit Jugendlichen anderer Gruppen, Klassen und Schichten zusammenkam und dort gemeinsame, bedeutsame Erlebnisse hatte — das ist eine immer wiederkehrende Variation des Grundthemas: „Es war nicht alles schlecht...“, das auch heute gesungen, aber nicht verstanden wird. Es war nicht nur das Gemeinschaftserlebnis, sondern auch das „Positive“, das man gemacht hatte, wie zum Beispiel Moore trockenlegen, Altmetall sammeln („Das haben wir damals schon gemacht!“), Alte betreuen und so weiter. Das sei anders, besser gewesen, als - wie Ältere heute bei den Jüngeren vermuten - nur in die Diskos zu gehen.

Auch die „soziale Seite“ des Nationalsozialismus wird von Zeitzeugen betont, nicht nur die in Ost und West gleichermaßen erwähnten Autobahnen, sondern auch der Urlaub, die KdF-Fahrten<sup>5</sup>, das Winterhilfswerk, die verbesserten Ausbildungsbedingungen oder die Wettbewerbe um den „sozialsten Betrieb“. Selbst dann, wenn man gegen die „Überorganisation des Privaten“, den „militärischen Drill“ war, werden diese positiven Seiten erwähnt. Und häufig ist es dieselbe Person, die die Negativa zugleich mit den Positiva beschreibt. Um so empörter ist man, wenn man - da man ja niemals hundertfünfzigprozentig dafür war - mit der Kollektivschuldthese gleichermaßen verantwortlich gemacht wurde für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Denn man konnte - und hier zeigen sich wieder durchaus Ähnlichkeiten zu heute - nach 1945 jene Seiten in der eigenen Biographie betonen, die „kritisch“ oder zumindest nicht in voller Übereinstimmung mit dem System gewesen waren. Und wer hatte sich bei enger Auslegung die Finger schmutzig gemacht? Selbst

---

4 Ähnliches meint z. B. Robin Ostow in ihrem Buch: Jüdisches Leben in der DDR, Frankfurt/Main 1988.

5 KdF = Kraft durch Freude, ein Organ der Deutschen Arbeitsfront (DAF), das die Freizeit organisierte.

Mitglieder der NSDAP hatten Situationen erlebt, in denen sie kritisiert worden oder „nicht mit allem einverstanden gewesen waren“. Viele hielten sich „in diesem Sinne niemals für echte Nazis“. Sie wünschten sich von den Siegermächten, daß sie unterschieden zwischen den „fanatischen“ und den „vernünftigen“ Nazis. Viele meinten, sie seien zu jung gewesen, um Verantwortung gehabt zu haben, selbst dann, wenn man in höherer Funktion bei der HJ oder dem Deutschen Jungvolk gestanden hatte. Überdies: Wer als „Idealist“ überzeugt von der „Sache“ gewesen war oder in seinen „Idealen von den Nazi-Verbrechern verheizt“ worden war, wer „nur seine Pflicht“ getan hatte, wer „nur um der Familie willen“ oder aus Gründen der Karriere oder der Sicherung des eigenen Betriebes in die NSDAP gegangen war, dem dürfe man das nicht übel nehmen.

Es geht hier (noch) nicht darum festzustellen, was daran „stimmt“ und was nicht, sondern um die Art und Weise des Umgangs mit der eigenen Biographie. Und dabei spielt die Politik nur eine begrenzte Rolle. Nur jemand, der die Politik nicht dem persönlichen Interesse unter-, sondern sie existentiell auch in Verantwortungsmaßstäbe einordnet, wird in diesen Entschuldigungsmustern etwas Ehrenrühiges sehen. Das taten jedoch die wenigsten: Techniker - so heißt es - hätten in jedem System ihre Arbeit zu verrichten ebenso wie Ökonomen, Handwerker, gute Arbeiter, die im Rüstungsbetrieb oder anderswo ihrem Arbeitsethos frönten, weil sie gelernt hatten, daß gute qualifizierte Arbeit die beste Lebensversicherung in und gegen politische Systeme ist. Wer wollte ihnen das ankreiden, wo doch diese gute qualifizierte Arbeit zum Beispiel vor der Front bewahrte, indem man „uk-gestellt“<sup>6</sup> blieb?

Die Sieger in Ost und West merkten nach 1945 bald, daß sie den Wiederaufbau nicht schaffen würden, wenn sie nicht jene einbezögen, die zwar Nazis waren, aber dennoch qualifizierte Fachkräfte. Nicht zuletzt die Briten beklagten sich immer wieder darüber, wie teuer der Aufbau in Deutschland den englischen Steuerzahler käme, wenn man nicht bald geregelte Arbeitsbedingungen schaffen würde, was auch hieß: Zusammenarbeit mit den noch auf der Potsdamer Konferenz oder im Alliierten Kontrollrat desavouierten Unternehmern.<sup>7</sup> Die Alliierten - auch die UdSSR - sprachen bald eine Amnestie aus für damals Jugendliche, also für alle, die Jahrgang 1919 oder jünger waren.

Und viele dieser „Nur-Techniker“ oder „Nur-Ökonomen“, „Nur-Handwerker“ und so weiter blieben ihrem alten Betätigungsfeld erhalten beziehungsweise suchten und fanden bald ein neues; viele der Jugendlichen, die aktiv in der HJ oder dem BDM gewesen waren, hatten dort einen „Aktivitätsschub“ erfahren, der bald nach neuer Bewährung suchte. Überdies konnte

---

<sup>6</sup> „uk“ = unabhkömmlich von der „Heimatfront“.

<sup>7</sup> Vgl. das Kontrollratsgesetz Nr. 10 „Bestrafung von Personen, die sich eines Kriegsverbrechens, eines Verbrechens gegen Frieden und Menschlichkeit schuldig gemacht haben“; darin sind unter anderem explizit auch jene erwähnt, die eine „gehobene politische, staatliche oder militärische Stellung (einschließlich einer Stellung im Generalstab) oder eine solche im finanziellen, industriellen oder wirtschaftlichen Leben innegehabt“ hatten. Nach Louis P. Lochner, *Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer*, Darmstadt 1955, S. 293.

man darauf verweisen, daß das deutsche Volk und man selbst mit ihm „genug gebüßt und gelitten“ habe für die Verbrechen des Nationalsozialismus (häufig meinte man damit: sogar einschließlich des Holocaust): durch gefallene oder im Bombenterror getötete Verwandte, durch die Flucht und Vertreibung oder die Umsiedlung von Millionen von Ostdeutschen, durch die Bombardierungen der Städte, durch die Eigentumsverluste und anderes mehr.

Genau diese Argumentationsfiguren schufen „Verständnisbrücken“<sup>8</sup> zwischen denjenigen, die im „Dritten Reich“ wirkliche Verantwortung getragen hatten, und jenen, die die nationalsozialistische Politik erst wahrgenommen hatten, als der Bombenkrieg den „Schrecken auch in die Heimat trug“. Und man tat wenig, um diese neuen Verständnisbrücken zu zerstören, um die „Verschweigensgemeinschaft“<sup>9</sup>, die auch die Fragebogenaktion schuf, aufzulösen - im Gegenteil: Die Entnazifizierung dürfte zunächst die Gemeinsamkeit unter den Besiegten gefördert haben; denn die meisten logen, was die Vergangenheit anbelangte - auch dann, wenn man spürte, daß der Nationalsozialismus gescheitert und zu Recht niedergeworfen war. Jeder wußte, daß sich alte Nazis ihre Biographien für die neuen Zeiten zurechtbogen, ihre Zeugen für die neuen Bedingungen fanden oder sogar Menschen vorführen konnten, die sie im Nationalsozialismus geschützt hätten. Auch (einzelne) Betriebsräte berichteten,<sup>10</sup> daß sie nach dem Kriege Unternehmern „Persilscheine“ ausgestellt hätten, damit sie wieder aus ihrem beispielsweise sauerländischen Exil in den Betrieb zurückkehren konnten. Andere hätten sich wohl so kurz nach dem Kriege auch als Verräter gefühlt, wenn sie Nazis denunziert hätten. Oder man wollte aus Trotz nicht „so schnell“ seine „Wandlung vom Saulus zum Paulus“ offenbaren. Gesprächsfiguren dieser Art oder ähnlich zu interpretierende Aussagen haben erfahrungsgeschichtliche Arbeiten in Ost wie West zutage gefördert, und sie sind auch heute wieder zu hören.

### III.

Man muß sich bei diesen Skizzen aus der Entnazifizierungszeit an heute erinnern fühlen, da ganz ähnliche Muster der Selbstdarstellung für die Zeit des SED-Regimes vorgeführt werden. Hier scheinen sich also Grundmuster in Zeiten der Umorientierung zu offenbaren.

In diesen Grundmustern gibt es heute in der ehemaligen DDR durchaus widersprüchliche Tendenzen, wie dies nach 1945 — wenn auch nicht identisch - ebenfalls der Fall war: Ehemalige Repräsentanten des Systems beschreiben sich als durchaus kritisch, wenn es um ihre Differenzen zum SED-Regime geht. Auch sie seien mit „vielen nicht einverstanden“ gewesen. Bürgerrechtler aus

<sup>8</sup> Dies ist ein Begriff, den Nori Möding und ich - angeregt durch Hannah Arendts Reisebericht aus dem Deutschland des Jahres 1950 - in mehreren unserer Arbeiten zur Verarbeitung des Nationalsozialismus einführten; vgl.: Nori Möding, Alexander v. Plato, Nachkriegspublizisten. Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung, in: Peter Alheit, Erika M. Hoeming, (Hg.), Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung, Frankfurt/New York 1989., S. 38-69.

<sup>9</sup> siehe ebd.

<sup>10</sup> Plato, Der Verlierer, a.a.O.

der früheren Opposition gegen die SED sind besonders erbittert, wenn sich zum Beispiel ehemalige Stasi-Spitzel oder Parteisekretäre als „Angehörige des Reformflügels der SED“ oder als „Reformkommunisten“ beziehungsweise als „Opfer“ der Sicherheitsstruktur oder des demokratischen Zentralismus bezeichnen, oder wenn ehemals führende Intellektuelle als Opfer der „Führung der Arbeiterklasse“ in der DDR erscheinen wollen.

Eine andere Argumentations-Figur aus der Nachkriegszeit, man habe „genug gebüßt“ für die Verbrechen des vorherigen Systems, ist auch in der ehemaligen DDR zu vernehmen: Es wird festgestellt, daß man mehr als die Westler in den letzten Jahrzehnten gelitten habe, sei es durch die SED, sei es durch die UdSSR, durch die Demontage, die schlechteren Lebensverhältnisse in der DDR, die politische Unterdrückung oder etwa die Reiseverbote, während man im Westen die „Marshall-Plan-Gelder einkassiert“ habe. Kurz: Viele DDR-Bewohner haben in ihrer Wahrnehmung mindestens zweimal den Krieg verloren und sollen ihn jetzt im Einigungsprozeß ein drittes Mal verlieren. Und das empfindet man als ungerecht.

Auch daß man nur seine Pflicht getan habe, nicht anders konnte oder daß doch alles viel „unpolitischer“ gewesen sei, als dies im nachhinein wahrgenommen werde, daß man verantwortlich gemacht werde, nur weil man in der DDR gelebt habe, zeitgleich mit der politischen Führung, unter der man nicht froh gewesen sei, und nun noch einmal für deren Fehler bestraft werden solle, ist eine immer wiederkehrende Erklärung, die sowohl nach 1945 wie nach 1989 auf neue Orientierungswege verhalf. Auch jetzt erscheint vielen der totale Bankrott der DDR-Gesellschaft weniger als Konkurs des SED-Systems, denn als Folge der Einheit (wie auch - ohne die Parallelisierung zu weit treiben zu wollen - am Ende des Zweiten Weltkrieges die Versorgung besser funktionierte als unter alliierter Besatzung). Und die Westdominanz scheint mit jenen Wirkungen zu kommen, die dem Kapitalismus nicht nur in SED-Sicht eigen sind: Betriebe werden ohne oder nur mit begrenzter sozialer Abfederung geschlossen; Frauen werden wieder häufiger arbeitslos, nachdem sie jahrzehntelang in die Produktion einbezogen worden waren; geschlossene Krippen und Kindergärten tun ein übriges, um Frauen in der Ex-DDR, die zuvor durchaus scharfe doppelte Ausbeutung erfahren hatten und häufig genug in alten Rollenmustern lebten, die deutlichere Frauenfeindlichkeit der neuen Bedingungen vor Augen zu führen.

Das Wichtigste scheint mir zu sein: Es gibt in der Ex-DDR die allgemeine Erfahrung der Anpassungszwänge an die Bundesrepublik *im Alltag*; und diese Erfahrung könnte ein Gemeinschaftsgefühl bei großen Teilen der ehemaligen DDR-Bürger schaffen: Die „schweigenden Mehrheiten“, die Millionenheere der politisch Zurückhaltenden und der vorsichtig Angepaßten haben gemeinsam alltägliche Gefährdungen und Fremdheiten zu verdauen, von den gestiegenen Preisen bis zur neuen Steuererklärung, vom unbekanntem Arbeitsrecht bis zu den verschwundenen Kinderkrippen, von der Arbeitslosigkeit bis zu den neuen Lehrplänen an den Schulen.

## IV.

Fragen zu den Nachwirkungen des SED-Regimes in den Köpfen der DDR-Bewohner können ebenfalls nur beantwortet werden, wenn man um die Geschichte der SBZ/DDR und die spezifischen Konsenselemente der Gesellschaft weiß, die im Westen weitgehend ausgeblendet waren. Einige dieser Bedingungen will ich hier wenigstens kurz anreißen, weil sie nicht nur die Kritik, sondern auch die *Bindungen* an den SED-Staat, seinen *gesellschaftlichen Kitt* erklären helfen und damit eine differenziertere Sicht des Umorientierungsprozesses ermöglichen.

Da ist zunächst einmal die Tatsache, daß die Nachkriegsgesellschaft der DDR eine *gigantische Aufstiegs-gesellschaft* war: Vor allem durch die Abwanderung von Millionen qualifizierter Arbeitskräfte (insgesamt wahrscheinlich über fünf Millionen) in den Westen hat es in der SBZ/DDR eine gesellschaftliche Umschichtung gegeben, die umwälzender nicht hätte sein können, wenn es eine erfolgreiche Revolution gegeben hätte.<sup>11</sup> Dadurch mußten neue Arbeitskräfte und besonders neues Führungspersonal nachrücken aus Schichten, die normalerweise kaum solche Aufstiege hätten machen können, und es entstanden Bindungen an das neue System, die nicht zu unterschätzen sind. Das betraf auch Flüchtlinge in der SBZ/DDR, die sich nach 1945 um eine neue Existenz bemühten, sei es als „Neusiedler“ nach der Bodenreform, sei es in neuen, höheren Positionen.<sup>12</sup>

Ein weiteres, für das heutige Verständnis wesentliches Element der DDR-Nachkriegsgesellschaft hängt damit zusammen: Es gab meines Erachtens ein „*heimliches konservatives Bündnis*“ zwischen den Millionen von Aufsteigern einerseits, die den Aufbau, einen baldigen Lebensstandard wie früher oder besser wollten, und den neuen herrschenden Antifaschisten, Kommunisten und Sozialisten andererseits, die vorrangig leistungsbewußte Fachkräfte für den ökonomischen Aufbau des Landes benötigten. Die einen boten neue Aufstiege und die Zukunft eines besseren Lebensstandards an, die anderen die Anpassung an das neue System. Beiden Seiten ging es angesichts der zu überwindenden Katastrophe vorrangig um den ökonomischen Aufstieg, um den Wiederaufbau des Zerstorten. Aber diese Vorrangigkeit implizierte einen Ökonomismus, der zur Dominanz der konservativen Seiten dieses Bündnisses beitrug: der Vorrang des Lebensstandards über gesellschaftliche Ziele des Sozialismus, das Aufstiegsdenken trotz aller egalitärer Armutsseiten des „realen Sozialismus“, die (neuerliche) subalterne autoritäre Unterordnung unter das System, die Abneigung gegenüber abweichenden Meinungen oder Lebensweisen.<sup>13</sup> Sogar in der Charakterisierung der positiven Seiten der DDR waren es in der erwähnten lebensgeschichtlichen Untersuchung die Ruhe

---

11 Es ist daher wenig erstaunlich, wenn in unseren Interviews der Machtwechsel 1945 immer wieder als „Umwälzung“ oder gar „Revolution“ bezeichnet wird.

12 Immerhin war die SBZ/DDR das stärkste Aufnahmeland für Vertriebene oder Umgesiedelte. Die Integrations-Leistungen sind also nicht nur in der BRD, sondern auch in der DDR beträchtlich gewesen.

13 Vgl. zum Beispiel die Lebensberichte von Homosexuellen in der DDR in: Jürgen Lemke, *Ganz normal anders. Auskünfte schwuler Männer aus der DDR*, Berlin/Weimar 1989 beziehungsweise Frankfurt/Main 1989.

und Ordnung, um nicht zu sagen der Ruhe- und Ordnungs-Staat, der neben der Gemütlichkeit, der relativen Gleichheit und den niedrigen grundlegenden Lebenshaltungskosten hervorgehoben wurden. Umgekehrt waren es die Unruhe in der „BRD“, der öffentlich in der Presse und in den Parlamenten ausgetragenen Streit, die Kriminalität, die Demonstrationen auf den Weststraßen, die neben der Arbeitslosigkeit und der Ellenbogigkeit besonders kritisiert wurden - bei aller Attraktivität des Konsumangebots des Westens und der Kritik an der miserablen Versorgung in der DDR der achtziger Jahre.

Gerade in der Ökonomie jedoch, in der die SED wie alle kommunistischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg den Kapitalismus zu überholen hoffte („überholen ohne einzuholen“), versagten die osteuropäischen realsozialistischen Regimes. Für die SED hieß das sogar mehr: Ihre beiden Hauptfeinde, der Nationalsozialismus und der westdeutsche Kapitalismus, waren letztlich auf dem Gebiet der Ökonomie erfolgreicher als sie selbst - keine guten Voraussetzungen für den Fortbestand eines Nachkriegskonsenses, der im wesentlichen auf formal-autoritärem Pflichtbewußtsein welchem Staat gegenüber auch immer, auf den Aufstiegsmöglichkeiten und auf den Hoffnungen nach verbessertem Lebensstandard nach dem Kriege beruhte. Und es waren auch schlechte Voraussetzungen für das Überleben der aktiven oppositionellen Bürgerrechtler nach der Wende.

Für den Nachkriegsaufbau waren viele Angehörige der ersten Generationen in West und Ost bereit, Opfer auf sich zu nehmen. Im Westen zeigten sich neue Horizonte nach der Währungsreform von 1948; im Osten dagegen blieb der Erfolg nach anfänglichen Aufstiegsschritten mehr und mehr aus und mündete schließlich in den Bankrott des RGW, des osteuropäischen Gegenstücks zur Europäischen Gemeinschaft. Die Währungsreform war im Osten nicht das Signal des Aufschwungs, sondern vor allem das Symbol für die Spaltung Deutschlands, für das Zurückbleiben des östlichen Teils gegenüber dem westlichen und für das persönliche Nachhinken der eigenen Lebensbedingungen gegenüber denen der westlichen Verwandtschaft.

Konnten sich die Mitglieder der Aufbaugenerationen noch mit den Hoffnungen auf die Zukunft und mit realen Aufstiegen trösten oder in subalternem Pflichtbewußtsein abfinden, so galt dies für die jüngeren Generationen weniger: Die Kosten für Aufstiege wurden zu hoch, gemessen an dem „Output“: Wenn für Anpassung, Heuchelei, Doppelleben und autoritäre Unterordnung die Gegenleistungen in Gestalt von Aufstieg und verbesserten Lebensbedingungen fehlen, bröseln der Konsens. Und da die DDR ebenso wie die Bundesrepublik im wesentlichen das Produkt des Zusammenbruchs der „Anti-Hitlerkoalition“ und des Kalten Krieges war,<sup>14</sup> mußte den herrschenden

---

14 Meines Erachtens kann man die Teilung Deutschlands nicht ausschließlich als Folge des Hitler-Faschismus und des vom „Dritten Reich“ begonnenen Krieges begreifen; er war *eine* Voraussetzung, aber es hätte durchaus unterschiedliche Folgen geben können. Wer unhistorisch die spezifischen Interessen der Alliierten vernachlässigt, scheint mir den Kategorien der Kalten-Kriegs-Ära verhaftet zu bleiben, in der für die östliche Seite der Antifaschismus und für die westliche Seite der Antikommunismus *ideologisch* reklamiert wurde.

Eliten der DDR mit dem Gorbatschow-Kurs seit Mitte der achtziger Jahre die Angst vor Machtverlust im Nacken sitzen. Also blieb auch der Konsens durch Machtgewinn nicht mehr so fest wie in den Jahrzehnten zuvor. Und in der DDR wußten die Eliten, daß bei fehlender Stützung durch die UdSSR Unabhängigkeitsbestrebungen, und damit die nationale Frage, auch in der DDR größeres Gewicht erhalten würden. Diese nationale Frage war in der DDR immer virulent gewesen; ein Fall der Mauer hätte bedeutet, wie uns SED-Intellektuelle 1988 erklärten, daß dann die Frage der Verantwortung für die letzten 40/50 Jahre blutig gestellt worden wäre.

Insofern zeigt sich für die achtziger Jahre, daß der Generationentransfer<sup>15</sup> in Sachen Konsens nicht mehr funktionieren konnte, daß die alten Eliten ohne Hoffnung und ohne eine utopische Kraft blieben, die den frühen Antifaschismus oder den Ökonomismus hätte ersetzen können,<sup>16</sup> daß mögliche Gegeneliten geflohen, hinausgeworfen oder in den Westen verkauft worden waren, und daß die Mehrzahl der eher konservativ orientierten Bevölkerung bei einer Lockerung der Bindungen an die Sowjetunion und bei weiterem ökonomischem Abstieg national optieren würde. Das waren wiederum keine guten Voraussetzungen für die Bürgerbewegungen des Ostens, die eher auf eine Erneuerung, auf eine „andere“ DDR hofften, als auf nationale Einheit setzten. Daß trotzdem immer wieder der Antifaschismus am Ende der DDR beschworen wurde, lag nicht nur an kurzsichtigen Hoffnungen der SED-Führung, sondern daran, daß es in der Tat den Idealisten in der DDR (und vielleicht auch im Westen) schwerfiel, den Antifaschismus auch als Herrschaftsideologie zu erkennen; denn der „Stalinismus“ war hier im Mantel des Antifaschismus installiert worden, so daß stalinistische Strukturen allein als Bestrafungs- und Umerziehungselemente in der „Entnazifizierung“ erscheinen konnten.

#### V.

Und jetzt ist die Enttäuschung groß: Jetzt, im Frühsommer 1991, scheinen die „schweigenden Mehrheiten“ in der Ex-DDR nahezu insgesamt betroffen von der westlichen Dominanz, sind viele bedroht von Arbeitslosigkeit, von „Abwicklung“ oder „Warteschleife“ - alles mindestens so akzeptable Wortschöpfungen wie die der „Entnazifizierung“. Die Dominanz des Westens ist - auch und gerade in den alltäglichen Bereichen - so stark und demütigend, das Versagen des alten Systems so umfassend, das fehlende Verständnis im Westen für die jetzigen Probleme in der DDR so deutlich, daß die Gefahr besteht, daß eine gegenwärtige Minderheits- zur Mehrheitstendenz werden kann. Es könnte nun das entstehen, was eine Folge der „Entnazifizierung“ war: eine Gemeinschaft *gegen* die neuen Sieger der Geschichte, gegen die Westdeutschen, eine Solidarität der gedemütigten „Umzuerziehenden“. Eine solche Gemeinschaft könnte auch die Widersprüche zu ehemaligen SED-Kadern abschleifen.

---

<sup>15</sup> vgl. Lutz Niethammer, *Annäherung an den Wandel*, a. a. 0.

<sup>16</sup> Die Friedenspolitik, mit der die DDR-Führung wohl die größte Glaubwürdigkeit errang, konnte in dieser Situation kaum solch utopische Kraft entfalten.

Diese mögliche Entwicklung ist allerdings nicht ohne Gegentendenz: Gerade diejenigen, die unter dem SED-Regime gelitten hatten, wollen stärkere Bestrafung der ehemaligen Eliten. Ihnen ist die Bestrafung der „Täter“ nicht schnell genug gegangen, obwohl man die Eliten in Justiz, Polizei, Volksbildung und so weiter heute manchmal härter verfolgt als nach 1945 im Westen.

In dieser komplexen Entwicklung muß die Masse der eher Unpolitischen beobachten, daß in den Elitenbereichen durchaus ehemalige DDR-Bürger zwar eine gewichtige Rolle spielen, aber keineswegs nur ehemals Oppositionelle. Die Gerüchte, daß der und jener ehemalige SED-Funktionär, Wirtschaftskader oder Kulturbosch heute wieder eine führende Rolle spielt, kursieren an jeder Arbeitsstelle und jedem Familientisch. Diese Gerüchte erhalten Nahrung durch die ehemals bekannten Wirtschaftsleute, Chefs oder „Kaderleiter“, die heute bei der Treuhand, in einem Privatbetrieb als Unternehmer oder an den Universitäten arbeiten. Was ist getan worden, um bei den vielfältigen Umwandlungen die Oppositionellen aus der DDR-Zeit einzubeziehen? Obwohl viele von ihnen in Bereichen der Politik und Kultur eine neue Rolle spielen, obwohl ehemalige DDR-Funktionäre durchaus als Fachkräfte genutzt werden, sind es Westdeutsche, die in den Vorständen von Unternehmen, als Abteilungsleiter in den neuen Ministerien oder in den „Evaluierungskommissionen“ das Sagen haben. Andere Mitglieder der heute führenden politischen und ökonomischen Eliten sind „Blockflöten“, das heißt Mitglieder der Blockparteien der DDR und als solche nur mit der Zustimmung der SED eingesetzt worden. Wer übernimmt da nicht das „Entnazifizierungsglaubensbekenntnis“: Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen?

Um die Komplexität dieses Widerspruchsgemischs noch schwieriger zu machen: Durch die Stasi-Berichte wird auch den „Kleinen“ deutlich, daß die Sicherheits-Observateure sogar in die vermeintlichen „Nischen“<sup>17</sup> vorgezogen sind, so daß auch hier die kleinen Verbrechen sichtbar werden könnten. Dies dürfte Vorsicht und Apathie in großen Teilen der Bevölkerung weiter fördern. Auch dadurch könnten Differenzen zu den alten Herrschern abgeschliffen, Gemeinsamkeiten geschaffen und damit ein neues DDR-Bewußtsein gestärkt werden, es könnte aber auch den Haß auf *alle* Mächtigen, ob die früheren oder die neuen, verschärfen. Für beides zeigen sich heute nach dem ersten Einheitsjubiläum durchaus ernstzunehmende Tendenzen.

Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zur „Verschweigungsgemeinschaft“ der Nachkriegszeit gegen die Alliierten, die auch andere Tendenzen in der DDR fördern können:

- Die heutigen Sieger der Geschichte sind keine Eroberer in einem zuvor geführten Kriege und keine fremdsprachigen Besatzer;
- der verlorene Krieg hatte auch im allgemeinen Bewußtsein einen Neu-

---

<sup>17</sup> Dieser von Günther Gaus geprägte Begriff der „Nischengesellschaft“ hatte eine fragwürdige Seite, weil es eher ein Traum von der persönlichen Nische war, der den Rückzug in scheinbar unbeobachtete Ecken verursachte, als die Wirklichkeit; denn die Stasi-Akten zeigen, daß man auch dort seine Agenten hatte.

- beginn notwendig gemacht mit dem Konsens, daß „alle anpacken müssen“;
- es gibt heute keinen umfassenden Kollektivschuld-Vorwurf, auch wenn es genügend Stimmen im Westen gibt, die die DDR-Bevölkerung für die SED-Politik und -Ökonomie insgesamt (mit Verantwortlich machen);
- die damalige Entnazifizierung im Westen zeigte eine gewisse Zurückhaltung, drohte aber bei neuer nationalsozialistischer *Betätigung* Gefahren an; heute werden in bestimmten Bereichen der Ex-DDR ehemalige Kader aus ihren Berufen entfernt, während es zugleich eine legale politische Nachfolgepartei des vorherigen Systems gibt, die sich allerdings selbst gern als eine demokratisch-sozialistische Gegnerin des „Realsozialismus“ sieht;
- und der heutige „sozialökonomische Druck“ schweißt nicht nur zusammen, sondern differenziert auch und schafft Konkurrenzen.

Dennoch ist eine wachsende Abwehr gegen „die westdeutsche Unterwerfung“ nicht zu übersehen. Und es besteht wieder die Gefahr, daß Verschiedenes, das nicht zusammengehört, zusammengeführt wird: diejenigen, die strafrechtlich wegen früherer Verbrechen zu verfolgen sind, mit jenen, die sich „nur“ angepaßt oder durchgeschlagen haben. Wer wollte den Stab brechen über jene, die heute ähnliche Argumentationsweisen wie die Eltern und Großeltern 1945 und in den folgenden Jahren versuchten? Wer hätte nicht ebenso in der alten Bundesrepublik in der eigenen Biographie durchaus schmerzende Brüche zu verzeichnen, ist konvertiert, hat die politische Überzeugung geändert, das Parteibuch gewechselt - häufig genug aus Gründen der Opportunität? Oder war politisch passiv gewesen und hatte sich bei vielen notwendigen Anlässen nicht engagiert?

## VI.

Bürgerrechtler der ehemaligen DDR haben gegen die Tendenzen eines neuen Gemeinschaftsbewußtsein die Hoffnung, daß man Täter von Opfern scharf trennen können. Bei den klaren Fällen politisch-verbrecherischer Verantwortung dürfte dies auch möglich sein. Aber wo diese Trennschärfe nicht so deutlich ist, geraten die ehemaligen Oppositionellen in ein Dilemma. Wie rechtstaatlich kann - ein ähnliches Problem wie 1945 - eine Verfolgung sein, wenn es um Bereiche geht, in denen nicht westdeutsches, sondern das alte DDR-Recht Gültigkeit hatte? Hier werden sich Rechtstaatlichkeit und die Hoffnungen auf rasche Bestrafung, aber auch der Zwang zum Konsens und der Zwang zur Strafverfolgung schwer vereinigen lassen und stehen sich bereits jetzt häufig gegenüber: Bei Entlassungen aus dem Öffentlichen Dienst zum Beispiel, bei Denunziationen in der Politik, bei Stasi-Gerüchten gegen bestimmte Künstler.

Wer also ist in einem solchen System Opfer, wer Täter gewesen? Viele derjenigen, die sich als Opfer der Stasi beschreiben, haben - „wie alle anderen auch“ - die Resolutionen *für* den Einmarsch in Prag 1968 unterzeichnet, haben bei der Stasi oder dem Parteisekretär Aussagen über andere gemacht, die ihnen heute aus Akten entgegenschlagen, haben selbst Verantwortungen

gehabt und Beurteilungen über andere geschrieben, die zu Reiseverbot oder Entzug des „Reisekader-Status“ führten. Bereits nach den ersten Sichtungen der Stasi-Akten wird deutlich, daß es in der DDR wie in anderen Diktaturen eine Struktur gab, die viele zu Mitopfern und zugleich zu Mittätern machte - wenn auch nicht gleichermaßen oder mit ärmlicher Verantwortung.

Gerade wegen dieser Probleme fordern viele aus der ehemaligen Oppositionsszene der DDR die Öffentlichkeit der Stasi-Akten bei möglichst weitgehendem Persönlichkeitsschutz der Opfer. Aber wer soll unterscheiden zwischen Opfern und Tätern, wenn Menschen, die selbst bespitzelt oder erpreßt wurden, über andere auf Nachfrage berichteten, wenn Aussagen oder die Mitarbeit erpreßt wurden, wenn die Akten eventuell selbst Falsches wiedergeben, weil Verbindungsoffiziere Menschen anders darstellten als diese sich selbst, wenn Listen der Stasi-Mitarbeiter zwischen Anwerbungsferewcften und „erfolgreichen“ Anwerbungen nicht oder nicht immer differenzieren, und wenn ungesichert ist, was die Akten wirklich belegen? Dennoch sind Forderungen nach Öffentlichkeit verständlich bei jenen, die den Mut hatten, den Anforderungen der Staatssicherheit zu widerstehen, die tief verärgert sind, wenn sich heute früher anpäßlerische SED-Mitglieder oder sogar Stasi-Agenten den Schafspelz umzuhängen versuchen.

So verlogene die vergessende Entschuldigungsgestik bei SED-Kadern auch ist, es gibt bei Westdeutschen einen grassierenden, ebenso wenig auf Rechtsstaatlichkeit zielenden borniert uninformierten Hochmut; einen Hochmut, der den Opportunismus in der Ex-DDR kritisiert, die verlogene Anpäßlerei, die mangelnde Verantwortlichkeit für die Politik auch bei Passiven, ohne sich nach eigenem opportunistischen Verhalten zu fragen, das das Glück hat, historisch weniger bedeutsam daherzukommen. Ohne sich auch zu fragen, ob man die „Entnazifizierung“ nach den heutigen Erfahrungen mit neuer Differenziertheit zu betrachten habe.

Beide - sowohl die Bürgerrechtsforderung nach Verfolgung der Täter bei Schutz der Opfer als auch der westdeutsche Hochmut - dürften kaum in der Lage sein, *einen neuen Konsens gegen die früher Verantwortlichen des SED-Staates* herzustellen. Dafür gibt es wohl auch kein Rezept. Aber erfüllbar und auch am effektivsten scheint mir die Forderung nach *Toleranz und Streit*: Streitbare Kritik an dem SED-Regime wie auch an persönlichen Verantwortungen muß sich verbinden mit einer historisch informierten Toleranz, die bei aller Kritik an politischer Abstinenz historisch informiertes Verständnis für die Menschen in der DDR, auch für die zurückhaltenden Anpäßler, zeigt, zugleich jedoch verantwortliche Kriminelle strafrechtlich belangt. Aber dabei kann nur das strafrechtlich verfolgt werden, was auch nach DDR-Recht beziehungsweise nach internationalem Recht, das von der DDR unterzeichnet wurde, unter Strafe stand. Alles andere kann man nur durch demokratischen Streit bekämpfen. Nur so könnte eine neue politische Kultur einen breiten gesellschaftlichen Konsens ermöglichen. Zur rechtsstaatlich-strafrechtlichen Verfolgung gehört unter anderem, daß gerichtliche Zeugen-Aussagen nicht mit Denunziation

und Öffentlichkeit nicht mit Offenlegung in Gerichtsverfahren verwechselt werden.

## VII.

Unter solchen Bedingungen ist es kein Wunder, daß die egalitären Elemente der DDR-Gesellschaft (die nur für die Machtlosen galten), die Bescheidenheit (in der relativen Armut), die mangelnden Ellenbogen (die sehr wohl in den DDR-Hierarchien und im Machtapparat herrschten), die (erodierende) soziale Sicherheit, die (wie die Stasi-Akten zeigen: gefährdete) Solidarität und anderes mehr heute in der ehemaligen DDR mythisiert werden. Es würde auch nicht erstaunen, wenn Minderwertigkeitsgefühle, von denen bereits während der Existenz der DDR die „armen Vettern“ und die „armen Cousins“ nicht frei waren, nun entweder in eine politische Resignation, in einen deutlicheren Nationalismus als neue, starke Identität<sup>18</sup>, oder in eine „verspätete DDR-Identität“ führen würden, in der sich die Sehnsucht nach den alten Sicherheiten bewahrt.

Ein beträchtlicher Teil der DDR-Bevölkerung sieht sich heute mit der Totalitarismus-Kritik ärmlichen Vorwürfen ausgesetzt, wie die Deutschen insgesamt nach 1945: Alles scheint gering geschätzt zu werden, was man in den Jahren zuvor gemacht hat; alles erscheint nur noch im Licht der Totalitarismuskritik und der Verbrechen des SED-Regimes. Die Systemkritik wird über die Subjekte gestülpt, ohne ihnen überhaupt eine Chance zu geben, ihre Qualitäten zu beweisen, die sie innerhalb oder gegen das System entwickelt hatten. Andererseits sind dies Qualitäten, die gerade die Westdeutschen als eher

- „provinziell“ (von der Bescheidenheit im Umgang über die Mode bis hin zur Genügsamkeit im nun anbrechenden Überlebenskampf),
- „beschränkt“ (wie in der Technik oder in der Eigeninitiative auf dem Markt)
- oder gar als „kommunistisch“ (in dem Rückbesinnen auf soziale Sicherheiten zuvor)

empfinden. In einer neuen politischen Kultur wären allerdings solche Qualitäten auch von Westdeutschen neu zu bedenken. Dennoch: Heute scheint wenig in Sicht, was, wie damals der Kalte Krieg, neue Identitäten schaffen könnte. Und vielleicht können wir froh darüber sein.

Wer wüßte allerdings, wie es anders hätte laufen können angesichts der Abwanderungen aus der DDR Ende der achtziger Jahre und angesichts der Entwicklungen in Osteuropa? Immerhin hätten einige Lehren aus der „Entnazifizierung“ für die angebliche „Entstalinisierung“ gezogen werden können, die die Kritiker des SED-Regimes stärker in den Umbau der DDR-Gesellschaft einbezogen hätten, die die Dominanz der Westdeutschen nicht so

---

18 Solche Sorgen kann umso mehr jener haben, der wie ich seit 1968, seit dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in Prag, für die Vereinigung beider deutscher Staaten war. Damals hoffte ich, daß die „nationalen Fragen“ in Ost- und Ostmitteleuropa gegen die Sowjetunion zu einer neuen Nachkriegsordnung in ganz Europa führen müsse und ein Ausbrechen aus den Militärblöcken ebenso notwendig wie eine neue Verfassungsdiskussion in Deutschland werden würde. Davon ist, wie wir heute wissen, nur ein Teil erfüllt.

demütigend gerade in den Alltagsbereichen erscheinen und die eine streitbare Toleranz gegen Anpäßler walten ließen, ohne deshalb die These von der schuldlosen Anpassung zu akzeptieren; Lehren, die großzügig „läßliche Sünden“ von den „Todsünden“ unterscheiden. Aber wenn die westliche Treuhänder der DDR-„Experten“ aus SED und Blockparteien gereicht wird und sie damit zu Profiteuren der nationalen Einheit macht, wenn andererseits durch die Bundesregierung die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft mystifiziert und die sozialen Folgen zu wenig und zu spät abgedeckt werden, dann wird der erwartete Geschwisterstreit zur langandauernden Fehde.